Zeitschrift: Heimatschutz = Patrimoine

Herausgeber: Schweizer Heimatschutz

Band: 105 (2010)

Heft: 4

Artikel: Zehn Punkte zur Raumplanung : Teilrevision des Raumplanungsgesetzes und Landschaftsinitiative = Dix points-clés pour l'aménagement du territoire : révision de la Loi fédérale sur l'aménagement du territoire et initiative fédérale pour le paysage

Autor: Schmid, Adrian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-176360

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Teilrevision des Raumplanungsgesetzes und Landschaftsinitiative

Zehn Punkte zur Raumplanung

In einem Positionspapier legt der Schweizer Heimatschutz seine Haltung und seine Erwartungen an die künftige Raumplanungsgesetzgebung dar.

Adrian Schmid, Geschäftsleiter Schweizer Heimatschutz

Die Raumplanung in der Schweiz steht vor zentralen Herausforderungen. Seit Jahrzehnten schreitet die Zersiedlung des Landes ungebremst voran. Gleichzeitig wird auch ausserhalb der Bauzonen trotz allen gesetzlichen Regelungen so viel gebaut wie nie zuvor. Die Planung entlang von Landes-, Kantons- und Gemeindegrenzen entspricht nicht mehr der tatsächlichen Siedlungsentwicklung. Der Verfassungsauftrag, mit der knappen Ressource Boden haushälterisch umzugehen, wird angesichts der rasanten Bauentwicklung in den 1960er- und 1970er-Jahren und der Einführung des Raumplanungsgesetzes in den 1980er-Jahren nicht erfüllt. Da von einem weiteren Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum auszugehen ist, muss eine Neuregelung der Raumplanungsgesetzgebung dringend vorangetrieben werden, um unsere Umwelt für die kommenden Generationen nicht noch weiter zu belasten.
Vor diesem Hintergrund lancierte der Schweizer Heimatschutz zusammen mit anderen Umweltverbänden im Sommer 2007 die Landschaftsinitiative (www.landschaftsinitiative.ch). Bereits ein Jahr später konnte die Initiative eingereicht werden. Sie verlangt mehr Bundeskompetenzen in der Raumplanung und einen 20-jährigen Stopp für die Erweiterung von Bauzonen, damit vorerst die grossen Reserven in den bestehenden Bauzonen genutzt werden. Ende 2008 präsentierte der Bundesrat einen Entwurf für ein neues Raumentwicklungsgesetz. Dieser erwies sich insgesamt als zu kontrovers und wurde zurückgezogen. Im September 2010 entschied der Ständerat über eine Teilrevision des bestehenden Raumplanungsgesetzes als Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative. Im Frühling 2011 befindet der Nationalrat darüber.
Der Schweizer Heimatschutz hat von der Zukunft der Besiedlung unseres Landes eine klare Vorstellung. In einem soeben erschienenen Positionspapier legt er Politik, Bevölkerung, Behörden und Verbänden seine Haltung und seine Erwartungen an die künftige Raumplanungsgesetzgebung dar, die immer auch dem Aspekt einer hochwertigen Baukultur Rechnung tragen muss. Die zehn wichtigsten Punkte:

1. Zersiedlung stoppen: Die negativen Folgen des verschwenderischen Umgangs mit dem Boden sind nicht mehr zu übersehen. Oberstes Ziel muss die Einführung von wirkungsvollen Massnahmen gegen die Zersiedlung und für eine haushälterische Bodennutzung sein.
2. Verkleinerung überdimensionierter Bauzonen: Rund 70 Prozent der Gemeinden weisen überdimensionierte Bauzonen auf. Die Gemeinden sind deshalb zur Verkleinerung überdimensionierter Bauzonen zu verpflichten.
3. Planungsmehrwerte abschöpfen: Eine Änderung des Zonenplanes kann den Wert eines Grundstückes ums Zehn- bis Hundertfache erhöhen. Dieser Mehrwert wird durch politische Entscheide geschaffen und steht daher zu einem guten Teil den Steuerzahlenden zu, die auch die Infrastrukturen der Siedlungen finanzieren.
4. (Bau-)Kultur einbringen: Der Umgang mit unserem Boden, mit der Landschaft, Ortsbildern und Gebäuden ist weit mehr als eine wirtschaftliche Angelegenheit, sondern wichtig für

EINFAMILIENHÄUSER: EIN AUSLAUFMODELL?

Eine Fachtagung des Schweizer Heimatschutzes im Rahmen der anstehenden Teilrevision des Raumplanungsgesetzes und der Landschaftsinitiative.

Dienstag, 8. Februar 2011
UniS, Bern

Die Zersiedlung schreitet voran. Der Verlust an Kulturland und an intakten Landschaften nimmt zu, und der Aufwand für den Ausbau und den Unterhalt der Infrastruktur wird immer grösser. Die stete Erweiterung der gebauten Flächen, wie man sie in der Schweiz seit der Nachkriegszeit erlebt, ist mit dem Boom der Einfamilienhäuser verbunden. 2008 machten sie 70 Prozent der neu gebauten Wohngebäude aus. Was passiert, wenn die Kosten für den Einzelnen (Mobilität) und das Kollektiv (Infrastruktur) massiv steigen? Haben die Einfamilienhausquartiere überhaupt noch eine Zukunft, oder sind sie die Brachen von morgen?

Mehr dazu unter www.heimatschutz.ch/veranstaltungen

Romont
(Bild Yves André)

das Wohlbefinden der Menschen. Der Begriff (Bau-)Kultur ist in den allgemeinen Zielen der Gesetzgebung zu nennen.

5. Ortsbilder und Denkmäler schützen: Ortsbilder und Baudenkmäler machen Orte unverwechselbar. Sie schaffen Identität und somit Heimat. Sie sind die prägenden Bestandteile unserer Siedlungen. Das Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz muss in den allgemeinen Siedlungszielen zwingend Erwähnung finden.

6. Zweitwohnungsbau begrenzen: Der Anteil von Zweitwohnungen in Tourismusgebieten hat heute an verschiedenen Orten ein verträgliches Mass weit überschritten. Die Nachteile sind augenfällig: Die Grundlagen des Tourismus – die einmaligen Landschaften – werden zerstört. Der Zweitwohnungsbau ist deshalb wirkungsvoll zu begrenzen.

7. In funktionalen Räumen planen: Siedlungen wachsen immer mehr zusammen, während die Planung an den Gemeinde- und Kantonsgrenzen oft aufhört. Die zukünftige Planung des Raumes muss sich mehr am gelebten Leben orientieren als an den politischen Grenzen.

8. Landschaft schützen: Unbelastete Landschaften gibt es kaum mehr, weil überall gebaut wird. Das Nichtsiedlungsgebiet soll grundsätzlich von Bauten freigehalten werden. Die bisherige Konzeption für das Bauen ausserhalb der Bauzonen soll einfacher, aber nicht lockerer werden. Wer ausserhalb der Bauzonen baut, soll einen Beitrag zur Landschaftspflege leisten und sich an einer hochwertigen Baukultur orientieren.

9. Mehr Bundeskompetenzen schaffen: Der Bund ist heute ein schwacher Akteur, wenn es darum geht, die Raumplanung zu bestimmen und umzusetzen. Es fehlen ihm meist die Kompetenzen, um die nationalen Interessen in der Raumplanung zu wahren. Es gilt in der Raumplanung, wegzukommen von der Haltung «jeder macht, was er will».

10. Vollzug stärken: Die Einführung eines Beschwerderechtes für Umweltverbände in raumplanerischen Angelegenheiten hilft, den oft nicht ernst genommenen Vollzug der Gesetzgebung zu stärken.

Das Positionspapier kann unter www.heimatschutz.ch/shop bestellt oder unter www.heimatschutz.ch/politik als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

Révision partielle de la Loi fédérale sur l'aménagement du territoire et initiative fédérale pour le paysage

Dix points-clés pour l'aménagement du territoire

Dans sa prise de position, Patrimoine suisse expose son point de vue et ses attentes concernant la future législation sur l'aménagement du territoire.

Adrian Schmid, secrétaire général de Patrimoine suisse

L'aménagement du territoire est confronté, en Suisse, à des défis majeurs. Depuis des décennies, le mitage du territoire progresse à un rythme effréné. Même en dehors des zones à bâtir, on construit, en dépit de toutes les dispositions légales, plus qu'on ne l'a jamais fait. Les études d'aménagement confinées à l'intérieur des frontières nationales, cantonales et communales ne correspondent plus au développement effectif de l'urbanisation. Le mandat constitutionnel d'assurer une utilisation judicieuse et mesurée de la ressource limitée qu'est le sol, tel que le concrétisait en 1980 l'entrée en vigueur de la LAT suite à l'essor fulgurant de la construction dans les années 60 et 70, n'est pas rempli. Comme il faut s'attendre à ce que la croissance démographique et économique se poursuive, il est urgent de repenser la législation sur l'aménagement du territoire, afin d'éviter que ne se détériore encore l'environnement que nous léguerons aux générations futures.

Dans cette perspective, Patrimoine suisse a lancé en été 2007, avec d'autres organisations environnementales, l'initiative pour le paysage. Celle-ci a pu être déposée à peine un an plus tard. Elle demande que la Confédération dispose de davantage de compétences en matière d'aménagement du territoire, et propose un moratoire de 20 ans sur l'extension des zones à bâtir, afin que soient d'abord utilisées les importantes réserves qu'offrent les zones à bâtir existantes.

Fin 2008, le Conseil fédéral a présenté un projet de nouvelle loi sur le développement territorial. Celui-ci, s'étant révélé trop controversé, fut retiré. En septembre 2010, le Conseil des Etats a statué sur la révision partielle de l'ac-

Villars-sur-Glâne
(photo Yves André)

tuelle Loi sur l'aménagement du territoire, lancée à titre de contre-proposition à l'initiative pour le paysage. Le Conseil national se prononcera pour sa part au printemps 2011.
Patrimoine suisse a une vision claire de la manière dont le territoire national devrait se développer. Dans un nouveau document, l'association présente sa position et ses attentes envers la future législation sur l'aménagement du territoire, qui devra aussi veiller à assurer la qualité du patrimoine bâti. Les dix points-clés:

1. Stopper le mitage du territoire: Les conséquences néfastes de l'usage peu économe qui est fait du sol sont évidentes. Le but suprême doit être l'introduction de mesures efficaces contre le mitage du territoire et en faveur d'une utilisation judicieuse et mesurée du sol.
2. Réduire les zones à bâtir surdimensionnées: Près de 70% des communes présentent des zones à bâtir surdimensionnées. Il convient donc de les obliger à les réduire.
3. Prélever les plus-values résultant des mesures d'aménagement: Un changement d'affectation peut faire augmenter la valeur d'un bien-fonds d'un facteur dix à cent. De telles plus-values résultent de décisions politiques et devraient en bonne partie bénéficier aux contribuables, qui financent les infrastructures des zones urbanisées.
4. Intégrer la notion de patrimoine (bâti): Une bonne gestion du sol, du paysage, des sites construits et des bâtiments représente bien davantage qu'un enjeu économique. Elle est essentielle pour le bien-être de l'homme. Aussi convient-il d'ancrer la notion de patrimoine (bâti) dans les buts généraux de la législation.
5. Protéger les sites construits et les monuments: Les sites construits et les monuments font toute la spécificité d'un lieu. Ils sont porteurs d'identité et d'un sentiment d'appartenance au lieu. Ils constituent les éléments caractéristiques de nos villes et villages. Il est impératif que l'Inventaire des sites construits à protéger en Suisse soit mentionné dans les buts généraux relatifs au milieu bâti.
6. Limiter la construction de résidences secondaires: Dans diverses régions touristiques, la proportion de résidences secondaires a de loin dépassé les limites du tolérable. Les inconvénients en sont patents: les bases mêmes du tourisme – les paysages exceptionnels des régions concernées – sont détruites. Il s'agit donc de juguler efficacement la construction de résidences secondaires.
7. Planifier à l'échelle des espaces fonctionnels: Alors que les zones urbanisées tendent à se fondre les unes dans les autres à mesure qu'elles croissent, les études d'aménagement s'arrêtent souvent aux frontières communales et cantonales. Il importe donc que la planification se conçoive désormais à l'échelle des espaces vécus, sans plus se cantonner aux frontières politico-administratives.
8. Protéger le paysage: Les paysages intacts ont pratiquement disparu, car on construit partout. Les zones de non-bâtir doivent en principe être maintenues libres de constructions. Il convient de simplifier, mais sans l'édulcorer, l'actuelle réglementation relative aux constructions sises hors de la zone à bâtir. Quiconque construit hors de la zone à bâtir devrait contribuer à la préservation du paysage et se soumettre à des exigences élevées en matière de qualité architecturale.
9. Accorder davantage de compétences à la Confédération: Lorsqu'il s'agit de définir et de mettre en œuvre la politique d'aménagement du territoire, la Confédération est aujourd'hui un acteur faible. Il lui manque souvent les compétences nécessaires pour sauvegarder les intérêts nationaux dans ce domaine. Il s'agit de se départir de l'attitude consistant à admettre que chacun fasse ce qu'il veut.
10. Renforcer l'application de la législation: L'introduction d'un droit de recours des organisations environnementales en matière d'aménagement du territoire aiderait à renforcer l'application, souvent déficiente, de la législation.

LA VILLA FAMILIALE: UN MODÈLE DU PASSÉ?

Un colloque organisé par Patrimoine suisse dans le cadre de la révision partielle de la Loi fédérale sur l'aménagement du territoire et l'initiative pour le paysage.

Mardi, 8 février 2011
UniS, Berne

Le mitage du territoire s'accélère, la consommation de terres agricoles progresse et les dépenses pour la construction et l'entretien des infrastructures ne cessent de croître. L'accroissement constant des surfaces bâties, observé en Suisse depuis les années cinquante, est en effet clairement corrélé avec l'essor des maisons individuelles. En 2008, 70% des nouveaux bâtiments avec logements construits en Suisse représentaient des maisons individuelles. Que se passera-t-il lorsque les coûts privés (mobilité) et collectifs (infrastructures) augmenteront massivement? Les zones villas ont-elles un avenir ou sont-elles les friches de demain?

Pour en savoir plus: www.patrimoinesuisse.ch/manifestations

Vous pouvez commander la prise de position à l'adresse www.patrimoinesuisse.ch/shop ou la télécharger au format PDF sur www.patrimoinesuisse.ch/politique.